

Liebe Leserinnen und Leser,

über den Bundeshaushalt zu entscheiden, ist das wichtigste Recht des Deutschen Bundestages. Hier sind die Parlamentarier gefordert.

Wir Sozialdemokraten hadern immer noch mit der Beteiligung an der Großen Koalition. Die ewigen Streitereien zwischen CDU und CSU und die schlechten Wahlergebnisse in Bayern und Hessen tragen dazu bei. Aber nur weil wir Teil der Regierung sind, können wir im Haushalt für 2019 sozialdemokratische Akzente setzen. Alle Anträge der Opposition laufen dagegen ins Leere.

Hier unsere sozialdemokratischen Erfolge im Haushalt 2019: Wir sorgen mit vielen Milliarden für echte Verbesserungen bei Pflege, Rente und sozialem Wohnungsbau. Wir stärken Familien, tun noch mehr für Integration und modernisieren unsere Infrastruktur.

Wir stellen Mittel bereit, mit denen die Länder die Rahmenbedingungen in den Kitas verbessern oder die Kita-Gebühren senken können. Noch besser wäre natürlich, die Länder würden die Gebühren ganz oder wenigstens in einem ersten Schritt für (die) Normalverdiener abschaffen. Bildung sollte grundsätzlich gebührenfrei sein. Und ja, jedes Kind sollte in der Kita und in

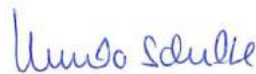
der Schule ein gesundes, kostenloses Mittagessen bekommen.

Wir schaffen außerdem erstmals dauerhaft einen sozialen Arbeitsmarkt, weil wir Langzeitarbeitslose nicht aufgeben, sondern wieder in Arbeit bringen wollen. 4 Milliarden Euro setzen wir dafür bis 2022 ein.

Auf das Erreichte können wir wirklich auch mal stolz sein. Klar ist trotzdem: Zu einer Politik der sozialen Gerechtigkeit gehört mehr als das, was wir in diesen Haushaltsberatungen durchsetzen konnten. Dafür brauchen wir aber andere Mehrheiten, um unsere Vision von einem gerechten Land verwirklichen zu können.

Dazu gehört zum Beispiel anstelle von Hartz IV ein System, das Lebensleistung wertschätzt und echte soziale Teilhabe ermöglicht, anstatt Menschen zum Besuch der Tafeln zu zwingen. Es gehört ein Mindestlohn von über 12 Euro dazu, der vor Altersarmut schützt, eine Rente, die zum Leben reicht, eine Bürgerversicherung und vieles mehr.

Hierzu muss die SPD mutige Konzepte auf den Tisch legen – das erwarte ich und dafür streite ich. Weil wir nur so den gesellschaftlichen Zusammenhalt sichern.



Bessere Pflege

Das Pflegepersonal-Stärkungsgesetz ist eines der vielen Gesetze, die wir in den letzten Wochen im Bundestag beschlossen haben. Es sorgt für bessere Arbeitsbedingungen und mehr Personal im Bereich der Pflege.



Wahlkreis 126 - Borken II



© Deutscher Bundestag / Axel Hartmann

INHALT

Editorial	1
Pflegepersonal-Stärkungsgesetz	1
Fraktion vor Ort	2
100 Jahre Frauenwahlrecht	2
Reform der Pflegeberufe	2
Plenarrede zum Ernährungs- und Landwirtschaftshaushalt	3
Rentenpolitik	3
Haushalt des Familienministeriums	3
Ernährung und soziale Ungleichheit	4
Flüchtlingshilfe Isseburg	4



13.000 zusätzliche Stellen in der Altenpflege.

IM BUNDESTAG BESCHLOSSEN!

SPD BUNDESTAGS FRAKTION

Model Foto: Robert Grotzke / illustring.com

„Fraktion vor Ort“ – Diskussion über Pflegepolitik in Südlohn-Oeding

„Gute Pflege – was braucht es dafür?“ lautete das Motto einer „Fraktion vor Ort“-Veranstaltung der SPD-Bundestagsfraktion, zu der ich nach Südlohn-Oeding eingeladen hatte. Es war ein gelungenes Event mit interessanten Podiumsgästen und einem kompetenten Publikum. Dass mehr als 80 Leute gekommen sind, spricht dafür, wie wichtig das Thema Pflege ist.

Für mich ist klar, dass noch ein harter, steiniger Weg vor uns liegt. Im Mittelpunkt unserer Pflegepolitik steht, dass wir eine gute und verlässliche Pflege gewährleisten, die Arbeit von Pflegekräften angemessen honorieren und pflegende Angehörige optimal unterstützen wollen.

Und weil das so ist, nehme ich die Anregungen solcher Veranstaltungen gerne in meine Arbeit auf. Die Menschen,

die sich zu Wort gemeldet haben, sind schließlich Experten in eigener Sache. Ihnen in Berlin Gehör zu

verschaffen, ist meine Aufgabe als SPD-Bundestagsabgeordnete.



100 Jahre Frauenwahlrecht – und noch viel zu tun

Zusammen mit meinen SPD-Bundestagskolleginnen aus NRW freue ich mich über 100 Jahre Frauenwahlrecht – eingeführt seinerzeit von der SPD. Und doch bleibt noch immer viel

zu tun in Sachen Gleichstellung von Frauen und Mädchen. Das kann man auch am Frauenanteil im Bundestag ablesen, der im Vergleich zur letzten Wahlperiode gesunken ist.

Reform der Pflegeberufe

Mit dem Pflegebeauftragten der Bundesregierung, Andreas Westerfellhaus, und der SPD-Gesundheitspolitikerin Bettina Müller habe ich mich über die Reform der Pflegeberufe ausgetauscht. Neben guten Arbeitsbedingungen und fairer Bezahlung ist eine attraktive Ausbildung entscheidend, um mehr Fachkräfte zu gewinnen und diese auch in der Branche zu halten.



Zucker raus aus Kindernahrungsmitteln – Rede zum Ernährungs- und Landwirtschaftshaushalt

In meiner Plenarrede zum Haushalt des Ministeriums für Ernährung und Landwirtschaft habe ich die eingestellten Mittel begrüßt, die für Programme im Bereich gesunde Ernährung und Ernährungsbildung ausgegeben wer-

den. Doch insgesamt bleiben die Ansätze und Vorhaben von Ministerin Klöckner hinter dem Notwendigen zurück. So brauchen wir etwa eine verbindliche staatliche Nährwertkennzeichnung von Fertigprodukten, die



für die Verbraucher auch nachvollziehbar ist. Zudem reicht ein Verbot von Zucker in Kinder- und Säuglingstees nicht aus. Zucker sollte aus Kindernah-

rungsmitteln generell verbannt oder auf ein Minimum reduziert werden. Meine gesamte Rede ist auf meiner Homepage zu finden.



Mit dem Rentenpakt sorgt die SPD für Fortschritte in der Rentenpolitik. Mehr auf meiner Website.

Familien im Mittelpunkt – der Haushalt des Ministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Familien haben unsere Solidarität verdient. Deswegen haben wir den Haushalt für das Familienministerium 2019 um über 220 Millionen Euro aufgestockt. Das ist eine gute Nachricht für Alt und Jung, Männer und Frauen und für alle ehrenamtlich engagierten Menschen in unserem Land.

Ab Mitte nächsten Jahres gibt es mehr Kindergeld. Wir unterstützen Familien mit Elterngeld und Unterhaltsvorschuss. Wir wollen gute Betreuung für alle unsere Kleinsten. Mit dem Gute-Kita-Gesetz sorgen wir für mehr Qualität und weniger Gebühren.

Wir setzen das Programm KitaPlus fort, damit eine Betreuung von Kindern möglich ist, deren Eltern z.B. in Schicht arbeiten. Zusätzlich starten wir eine Offensive für mehr Fachkräfte in den Kindertageseinrichtungen.

Alle, die sich engagieren möchten, sollen das auch können – und zwar freiwillig. Dieser Haushalt bedeutet auch mehr Geld für die Freiwilligendienste: Insgesamt 65 Millionen Euro zusätzlich erhalten der Bundesfreiwilligendienst und die Jugendfreiwilligendienste.

Mit dem Geld für das Familienministerium fördern wir weiter den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft und investieren in unsere Zukunft sowie in ein solidarisches Land.

Wie hängen Ernährung und soziale Ungleichheit zusammen?

Soziale Ungleichheit hat viele Facetten. Kinder sind davon besonders betroffen. Wer arme Eltern hat, hat schlechtere Aussichten auf Bildungserfolg und weniger Möglichkeiten der gesellschaftlichen Teilhabe. Wie sich die soziale Situation auf die Ernährung, insbesondere von Kindern, auswirkt, haben wir in einer Veranstaltung der SPD-Bundestagsfraktion zusammen mit Experten aus Wissenschaft und Praxis beleuchtet.

Traurige Erkenntnis, belegt durch Studien und tägliche Erfahrungen: Kinder aus armen Familien essen ungesünder und haben ein höheres Risiko für ernährungsbedingte Krankheiten. Das muss sich ändern! Alle Kinder brauchen die gleiche Chance auf ein gesundes Leben – unabhängig vom Sozialstatus ihrer Eltern. Neben vielem



anderen wäre eine Maßnahme besonders wirksam, das sagen uns die Experten von AWO, Tafeln oder der „Arche“: In Kitas und Schulen muss flächendeckend ein kostenloses und

qualitativ hochwertiges Mittagessen angeboten werden. Das ist leider noch nicht der Fall, obwohl unser reiches Land es sich leisten kann. Wir sind es den Kindern schuldig.

Flüchtlingshilfe Isselburg – weitere helfende Hände gesucht

Ich habe mich schon mit vielen Flüchtlingsinitiativen in meinem Wahlkreis ausgetauscht. Zuletzt stand ein Treffen mit Ehrenamtlichen der Flüchtlingshilfe Isselburg an. Mein Respekt vor dieser Arbeit ist riesig. Mitgenommen habe ich den Appell, dass noch dringend helfende

Hände gesucht werden. Da geht es etwa darum, Kindern bei den Hausaufgaben zu helfen oder Erwachsenen Sprachunterricht zu geben. Die Ehrenamtlichen um Gerd Hagemann und Manfred Mäteling beklagen auch die immer noch zu

langsamen Asylverfahren. Unsicherheit über die eigene Bleibeperspektive steht einer gelingenden Integration oft im Weg.

Mir ist wieder einmal klar geworden, wie gut ich es habe. Ich lebe nicht in einer Diktatur, kenne keinen Krieg und habe ein schönes Zuhause. Aber die Fluchtgeschichte meiner Großmutter ist tief in mir verankert und daher weiß ich, nichts ist selbstverständlich.



Impressum:

V.i.S.d.P.:

Ursula Schulte, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: 030 227 7 44 55
Fax: 030 227 7 64 56
ursula.schulte@bundestag.de
Internet: www.ulla-schulte.de